Bundesblatt

Bern, den 20. März 1970 122. Jahrgang Band I

Nr. 11

Erscheint wöchentlich. Preis: Inland Fr. 40.– im Jahr, Fr. 23.– im Halbjahr, Ausland Fr. 52.– im Jahr, zuzüglich Nachnahme- und Postzustellungsgebühr. Inseratenverwaltung: Permedia Publicitas AG, Abteilung für Periodika, Hirschmattstrasse 36, 6000 Luzern, Tel. 041/23 66 66

10492

Botschaft

des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Genehmigung von § 19 Absatz 3 des Gesetzes des Kantons Zürich über Haftung des Staates und der Gemeinden sowie ihrer Behörden und Beamten (Kompetenzzuweisung an das Bundesgericht) (Vom 18. Februar 1970)

Herr Präsident,
Hochgeehrte Herren,

1. Nach Artikel 114bis Absatz 4 der Bundesverfassung sind die Kantone mit Genehmigung der Bundesversammlung befugt, Administrativstreitigkeiten, die in ihren Bereich fallen, dem Bundesgericht zur Beurteilung zuzuweisen. Die Bundesversammlung hatte wiederholt Gelegenheit, zu solchen Fällen der Kompetenzzuweisung Stellung zu nehmen. Zurzeit liegt ihr ein weiteres, den Kanton Basel-Stadt betreffendes Gesuch zur Prüfung und Genehmigung vor (BBI 1969 II 1097 und dort zitierte Präzedenzfälle), das als Parallelfall zum vorliegenden Gesuch betrachtet werden kann.

2. In der Volksabstimmung vom 14. September 1969 haben die Stimmberechtigten des Kantons Zürich das Gesetz über die Haftung des Staates und der Gemeinden sowie ihrer Behörden und Beamten (Haftungsgesetz) mit 109386 Ja gegen 34849 Nein angenommen. § 19 des Haftungsgesetzes regelt die Zuständigkeit zum Entscheid von Streitigkeiten über Schadenersatzforderungen Dritter gegen den Staat sowie des Staates gegen die Beamten. Nach Absatz 1 entscheiden über Schadenersatzansprüche Dritter gegen den Staat die kantonalen Zivilgerichte, soweit nicht das Bundesgericht zuständig ist. Schadenersatz- und Regressansprüche des Staates gegen die Beamten beurteilt gemäss Absatz 2, vorbehältlich Absatz 3, das kantonale Verwaltungsgericht als einzige Instanz. Absatz 3 bestimmt:

«Das Bundesgericht beurteilt Ansprüche Dritter gegen den Staat, die mit widerrechtlichem Verhalten des Obergerichtes, des Kassationsgerichtes oder des Verwal-

tungsgerichtes begründet werden, und Ansprüche des Staates gegen Beamte des Verwaltungsgerichtes.»

3. Mit Schreiben vom 26. September 1969 stellte der Regierungsrat des Kantons Zürich an den Bundesrat zuhanden der Bundesversammlung das Gesuch um Genehmigung dieser Kompetenzzuweisung an das Bundesgericht. Das Gesuch wurde dem Bundesgericht zur Stellungnahme unterbreitet.

4. Bundesgericht und Bundesrat gelangen nach näherer Prüfung von § 19 Absatz 3 des Haftungsgesetzes zur Auffassung, dass der darin vorgesehenen Kompetenzzuweisung an das Bundesgericht unter dem Gesichtswinkel von Artikel 114bis Absatz 4 der Bundesverfassung zugestimmt werden kann. Der Grund ist vor allem darin zu erblicken, dass mangels einer Kompetenzzuweisung an das Bundesgericht die in § 19 Absatz 3 genannten zürcherischen Gerichte bei den in Frage stehenden Haftpflichtprozessen gewissermassen in eigener Sache urteilen müssten, da sich keine zufriedenstellende Lösung auf kantonalem Boden anbietet. In § 19 Absatz 3 des Haftungsgesetzes wird vorausgesetzt, dass die Kompetenzzuweisung nach Artikel 114bis Absatz 4 der Bundesverfassung auch auf die Fälle erstreckt wird, die dem Bundesgericht schon auf Grund von Artikel 42 des Organisationsgesetzes unterbreitet werden könnten. Diese einheitliche Lösung erscheint als folgerichtig und sachlich als gerechtfertigt. Der Zustimmung zu der in § 19 Absatz 3 des Haftungsgesetzes enthaltenen Kompetenzzuweisung an das Bundesgericht steht somit nichts entgegen.

5. Nach Artikel 121 des am 20. Dezember 1968 revidierten Organisationsgesetzes (AS 1969 778) sind die dem Bundesgericht in Anwendung von Artikel 114bis Absatz 4 der Bundesverfassung zugewiesenen kantonalen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten in dem für das Bundesgericht als Beschwerde- oder einzige Instanz der Verwaltungsrechtspflege vorgesehenen Verfahren (Artikel 97–120 rev. OG) zu erledigen, soweit die Bundesversammlung nicht anders beschliesst. Im Genehmigungsgesuch des Regierungsrates des Kantons Zürich wird erklärt, es sei der Bundesversammlung überlassen, welches Verfahren sie als anwendbar erklären wolle. Das Bundesgericht erklärt in seiner Vernehmung, dem direkten verwaltungsrechtlichen Verfahren im Sinne der Artikel 116–120 rev. OG sei gegenüber dem direkten Zivilprozess der Vorzug zu geben, da es sich um Streitigkeiten verwaltungsrechtlicher Natur handle. Die Bundesversammlung hat somit nichts von Artikel 121 rev. OG Abweichendes zu beschliessen.

Wir empfehlen Ihnen den beiliegenden Beschlussentwurf zur Annahme und versichern Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, unserer vollkommenen Hochachtung.

Bern, den 18. Februar 1970

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Tschudi

Der Bundeskanzler:

Huber

(Entwurf)

Bundesbeschluss
über die Genehmigung von § 19 Absatz 3 des Gesetzes des
Kantons Zürich über Haftung des Staates und der Gemeinden sowie
ihrer Behörden und Beamten
(Kompetenzzuweisung an das Bundesgericht)

Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

in Anwendung von Artikel 114^{bis} Absatz 4 der Bundesverfassung und von Artikel 121 des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1943¹⁾ über die Organisation der Bundesrechtspflege,

nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 18. Februar 1970,

beschliesst:

Einzigler Artikel

¹ § 19 Absatz 3 des Gesetzes des Kantons Zürich vom 14. September 1969 über die Haftung des Staates und der Gemeinden sowie ihrer Behörden und Beamten (Haftungsgesetz) wird genehmigt.

² Auf diese Streitigkeiten ist das Verfahren der verwaltungsrechtlichen Klage über streitige Ansprüche des Bundes oder gegen den Bund anzuwenden.

1201

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Genehmigung von § 19 Absatz 3 des Gesetzes des Kantons Zürich über Haftung des Staates und der Gemeinden sowie ihrer Behörden und Beamten (Kompetenzzuweisung an das Bundesgericht) (Vom 18. F...

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1970
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	11
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	10492
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.03.1970
Date	
Data	
Seite	445-447
Page	
Pagina	
Ref. No	10 044 629

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.